

**Festrede anlässlich der Zertifikatsverleihung des
22. Österreichischen Journalisten-Kollegs
am 23. Mai 2014 im Weißen Saal der Salzburger Residenz**

Andreas Koller: Wer braucht heute noch Journalisten?

Was ich Ihnen voraus habe, außer meinem Alter, sind 30 Jahre Berufserfahrung. Aus dieser Erfahrung heraus kann ich sagen: Der Journalistenberuf hat sich in diesen 30 Jahren in Lichtgeschwindigkeit verändert. Alles spricht dafür, dass er sich auch in den nächsten 30 Jahren – das deckt sich möglicherweise mit der Dauer Ihres Berufslebens – in derselben Geschwindigkeit weiterentwickelt. Sie müssen keine Sorge haben: Schauen Sie mich an, mich gibt es noch. Auch Sie wird es in 30 Jahren noch im Journalismus geben, wenn Sie das wollen. Wenngleich es ein anderer Journalismus sein wird.

Wer sich den Kopf zerbricht über die Zukunft, beginnt am besten damit, dass er den Blick in die Vergangenheit richtet.

Wie hat der Journalismus ausgesehen, in den ich vor 30 Jahren eingestiegen bin? Nehmen wir beispielsweise den innenpolitischen Journalismus. Dieser war über weite Strecken ein reiner Pressekonferenzjournalismus. Politiker X gab eine Pressekonferenz, man ist am Vormittag hingegangen, hat am Nachmittag eine Meldung verfasst, der Ressortleiter hat vielleicht noch einen Kommentar dazu geschrieben. Das war's.

Und das hat sich geändert, denn – Sie werden mir zustimmen – niemand würde heute mehr eine Zeitung oder ein sonstiges journalistisches Produkt kaufen, die auf diese Weise zustande gekommen ist. Dies zum einen, weil sich die Auffassung durchgesetzt hat, dass Pressekonferenzen keine Geschichten sind, sondern Propagandaveranstaltungen, sprich: weil sich die Ansprüche dafür, was interessant und berichtenswert ist, durchaus nach oben verschoben haben. Zum anderen ist eine Pressekonferenz deshalb keine Geschichte mehr, weil das, was der Politiker X um zehn Uhr Vormittag sagt, um zehn Uhr eins bereits alle, die das wollen, auf ihrem Smartphone nachlesen können. Die Zeitung kommt für derlei um 24 Stunden zu spät.

Was heißt das für uns? Heutiger Journalismus muss weg von der reinen Meldung, er muss über die reine Meldung weit hinausgehen. Vor allem muss er weit über die Meldung hinausgehen, die ausschließlich auf der Aussage eines Politikers, Pressesprechers oder sonstigen Propagandisten besteht. Heutiger Journalismus muss in die Tiefe gehen. In die Analyse. Er darf nicht vordergründig bleiben, er muss Hintergründe aufzeigen. Er ist – mit einem Wort – rechercheintensiv.

Mit einem anderen Wort: Er ist teuer. Und damit beginnen die Probleme.

Problem Nummer eins besteht darin, dass dem klassischen Journalismus zahlreiche Geschäftsfelder wegbrechen. Die Werbegelder landen in zunehmendem Ausmaß nicht mehr bei den klassischen Medien, sondern bei ausländischen Konzernen wie Google und Konsorten. Das schränkt die Existenzfähigkeit des hiesigen Journalismus drastisch ein.

Zudem wird es für die Medienhäuser immer schwieriger, von den Rezipienten Geld für Journalismus zu verlangen. Denn die Rezipienten unterliegen ja dem Irrglauben, dass sie Journalismus – oder das, was sich dafür ausgibt – auch gratis auf ihrem Handy oder Tablet konsumieren können. Wie gesagt, ein Irrglaube. Aber einer, der den Medienhäusern zu schaffen

macht. Denn es kann nicht oft genug betont werden: Investigativer, hintergründiger Journalismus, meinungsstarke Kommentare gibt es nicht zum Nulltarif. Sie kosten Geld. Geld kann man nur für guten Journalismus verlangen. Guter Journalismus kostet noch mehr Geld. Es liegt also auf der Hand, dass all jene Verleger, die glauben, ihren Verlag sanieren zu können, indem sie am Journalismus sparen, einem fatalen Irrglauben unterliegen. Sie handeln wie ein Hotelier, der auf einen Einbruch bei den Buchungen damit reagiert, dass er den verbliebenen Gästen das Frühstück streicht und den Wellnessbereich zusperrt. Er wird bald das ganze Hotel zusperren können.

Problem zwei besteht darin, dass die Bundespolitik keineswegs daran denkt, die Rahmenbedingungen für die Medien zu verbessern, sondern ganz im Gegenteil die schwieriger werdende Finanzlage der klassischen Medien mit einigem Wohlgefallen betrachtet. Man könnte fast sagen: Die Regierung entledigt sich des kritischen Journalismus. Stichwort Presseförderung: Die Regierung gab beim mittlerweile leider verstorbenen Publizistikprofessor Hannes Haas ein Gutachten in Auftrag, das zum eindeutigen Schluss kam, dass die Presseförderung – um qualitativ vollen Journalismus auch in Zukunft sicherzustellen – ungefähr vervierfacht werden müsste. Was tat die Regierung? Sie strich von der bestehenden Presseförderung, die in den vergangenen Jahren mehrfach gekürzt wurde, weitere zwei Millionen. Gleichzeitig werden die Wiener Boulevardblätter – also jene, die sich nicht scheuen, den derzeitigen Bundeskanzler zum „Alpenobama“ hochzujazzen – mit Regierungsinserten, Inseraten der Stadt Wien und regierungsnaher Unternehmen zugekleistert. Die Machthaber in Wien züchten sich also willfährigen Billigjournalismus heran und erschweren teurem Qualitätsjournalismus das Leben. Sie werden wissen, warum sie das tun. Doch sie alimentieren damit eine Art von Journalismus, der dieser Gesellschaft nicht gut tut. Einen Journalismus, der mit undifferenzierten Darstellungen politischer Prozesse - aktuell sehr beliebt: in Brüssel sitzen nur schmarotzende Spesenritter – die Politikverdrossenheit schüren. Die in diesem Lande ein mieselsüchtiges, um nicht zu sagen faschistoides Klima schüren. Die sich auch nicht scheuen, Jugendliche, die sich nicht wehren können, vor den Vorgang zu zerrren. Und etwa die Tochter eines ehemaligen Kanzlers als Schulversagerin outeten. Was erstens eine Falschmeldung war und zweitens auch als Richtigmeldung eine, pardon, Schweinerei gewesen wäre, denn was hat die Schulleistung eines pubertierenden Mädchens mit der Kanzlerschaft ihres Vaters zu tun?

Nebenbei bemerkt: Wie sehr die Bundespolitik derzeit nach den Medien greift, sehen Sie auch an den Vorgängen im ORF. Die Koalitionsparteien haben in den vergangenen Wochen den Stiftungsrat enger an die Kandare genommen als je zuvor, sie haben ihn gleichsam in ein Politikkommissariat verwandelt. Sie können jede Wette eingehen, dass auch die künftige ORF-Spitze aus einem rotschwarzen Duo bestehen wird, wobei man Ihnen selbstverständlich versichern wird, dass sich selbstverständlich die besten durchgesetzt haben.

Und noch eine Nebenbeibemerkung sei mir gestattet. Ich habe vorher anklingen lassen, dass ich nichts gegen eine höhere Presseförderung hätte. Sie können nun einwenden, dass es keine sehr offensive und zukunftssträchtige Position ist, nach staatlichen Förderungen für Zeitungen und sonstige Medien zu rufen. Dem halte ich entgegen, dass die Politik einen völlig verzerrten Markt geschaffen hat, der von marktwirtschaftlich orientierten Medienunternehmen nur sehr schwer bespielt werden kann. Ich erinnere nur an die ORF-Gebühren in der Höhe von hunderten Millionen jährlich. Und zweitens führe ich zu meiner Verteidigung ins Treffen, dass die Presseförderung, auch wenn sie erhöht werden sollte, nur einen Bruchteil der vielen hunderten Millionen kompensiert, die die öffentliche Hand den Medien unter dem Titel Anzeigenabgabe aus den Taschen zieht.

Ein drittes Problem, das ich bereits angedeutet habe, besteht in folgendem: Viele Menschen halten das, was sich in Twitter, Facebook sonstigen sozialen Medien abspielt, für die Realität. Ich bin zuletzt vergangenen Sonntag wieder einmal über dieses Phänomen gestolpert. Ich hatte

Schlussdienst in meiner Zeitung, und da wurde ich Zeuge, wie sich in Windeseile die Nachricht verbreitete, bei den Demonstrationen am vergangenen Samstag sei eine schwangere Frau von Polizisten derart beamtshandelt worden, dass sie eine Fehlgeburt erlitten habe. Eine skandalöse Meldung, wenn sie denn stimmen würde. Die Community auf Twitter und Facebook ging ohne weitere Überprüfung davon aus, dass die Meldung stimmt. Die furchtbare Nachricht, die keine Nachricht war, sondern ein bloßes Gerücht, wurde umgehend zur Tatsache geadelt, verlinkt, vertwittert, Zweifel waren nicht zugelassen, eine Gegenrecherche fand nicht statt, die Empörungsmaschinerie schnurrte auf Hochtouren.

Am nächsten Tag habe ich einen Kollegen ersucht, der Meldung auf den Grund zu gehen. Sie stellte sich als frei erfunden heraus. Es gab keine schwangere Frau, die bei einem Polizeieinsatz ihr Kind verloren hatte. Mich haben zwei Dinge erschreckt – jetzt abgesehen vom Rufmord, der da an der Polizei begangen wurde. Erstens: Dass zahllose Menschen bereit sind, alles zu glauben, was sie im Internet lesen. Und zweitens: Dass auch einige – wie man glauben sollte – professionell geführte Zeitungen das glauben. Die Meldung vom verlorenen Kind fand sich in großer Aufmachung in einigen Montagszeitungen, dreimal dürfen Sie raten, in welchen.

Wie man ja überhaupt sagen muss, dass die Massenkommunikation in den sozialen Medien mitunter den Charakter von Massenhysterie annimmt, die man eher auf dem mittelalterlichen Marktplatz vermutet hätte denn im Kreise aufgeklärter Menschen des 21. Jahrhunderts. Denken Sie an die Ö3-Kollegin, die aufgrund einer unbedachten Äußerung über österreichische Popmusik förmlich hingerichtet wurde. Denken Sie an die Präsidentin der Katholischen Aktion, die sich in der ZiB 2 gegen die Adoption durch Schwule ausgesprochen hat und daraufhin von der Community als reaktionäre Gouvernante gebrandmarkt wurde. Denken Sie an den Wiener Rindfleischkönig, der zu Unrecht einen Kellner feuerte und sich im Mittelpunkt eines Shitstorms fand, der nicht nur in der virtuellen Welt, sondern in der Realität stattfand – mit diversen Blockadeaktionen und sonstigen Geschäftsstörungen vor seinem Lokal.

Wohlgemerkt: Ich selber bin durchaus für das Adoptionsrecht durch Schwule. Ich bin nur der Meinung, dass man auch die gegenteilige Position vertreten können muss, ohne in aller Öffentlichkeit niedergemacht zu werden. Ich bin auch schwerstens dagegen, dass man mit absurden Begründungen Kellner und sonstige Mitarbeiter feuert. Ich stelle nur fest, dass die Gegenaktionen, die gegen den sündigen Wirten gestartet wurde, die eigentliche Aktion, gegen die sie sich richteten, weit in den Schatten stellten.

Jetzt werden Sie fragen: Wo bleibt das Positive, schließlich handelt es sich hier um eine Festrede und keine Trauerrede. Die Antwort lautet: Das Positive sind Sie. Ich habe Sie im Lauf der Wochen, die Sie am Kuratorium für Journalistenausbildung verbracht haben, leider nicht wirklich gut kennen gelernt. Meine Erfahrung im Umgang mit jungen Kolleginnen und Kollegen sagt mir aber, dass im Journalistischen Nachwuchs das Bewusstsein für journalistisches Ethos durchaus weiter verbreitet ist als in der Generation der Altvorderen. Es liegt an Ihnen. Halten Sie immer im Hinterkopf, welche Auswirkungen das, was Sie schreiben oder tun, auf konkrete Menschen hat. Auf die Menschen, über die Sie schreiben. Auf die Menschen, die Sie informiert haben. Seien Sie sich dessen bewusst, dass Ihre Arbeit Existenzen vernichten kann.

Mindestens ebenso wichtig: Ergründen Sie die Welt jenseits der Presseaussendungen, und ergründen Sie die Welt jenseits von Wikipedia und Google. Seien Sie, die noch zweifeln, hinterfragen und recherchieren, wenn sich alle anderen bereits eine Meinung gebildet haben. Gehen Sie der Wahrheit auf den Grund, aber nicht den Lobbyisten auf den Leim. Wenn Ihnen das gelingt, ist mir um die Zukunft des Journalismus nicht bang.

Dr. Andreas Koller ist stellvertretender Chefredakteur und Ressortleiter Innenpolitik der Salzburger Nachrichten. Außerdem ist er Vorstandsmitglied des Kuratoriums für Journalistenausbildung, der Vereinigung der Parlamentsredakteurinnen und -redakteure, der Initiative Qualität im Journalismus und des Presseclubs Concordia.